

11-Punkte-Plan: Deutschland zukunftsfest machen

Perspektiven aus der Wirtschaftsvereinigung der Grünen für die Koalitionsverhandlungen / 12.3.2025

1. **Das Sondervermögen für Infrastruktur muss den Standort dreifach zukunftsfest machen: bei Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Sicherheit.** Das muss Maßstab bei der Umsetzung sein. Etwa bei den Netzen für Verkehr, Daten, Energie geht es in gleichem Maße um den Nutzen für die Unternehmen, die Minderung von Treibhausgasen, und um Resilienz gegenüber Erpressung oder Sabotage von außen. Ein Rat mit Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft sollte die Wirksamkeit jährlich prüfen.
2. **Bürokratie als Wirtschaftsfeind Nummer Eins muss bekämpft werden.** Die über Jahrzehnte gewachsene Regulierung muss reduziert werden, konkret mit minus 50% bei den Berichtspflichten für Unternehmen. Zur Planungsbeschleunigung braucht es eine generalisierte Genehmigungsfiktion nach kurzer Frist. Das Entstehen neuer Bürokratie muss begrenzt werden, durch einen verpflichtenden Praxis-Check – ein Durchspielen der Folgen einer Regelung – beim Entwickeln neuer Gesetze in allen Ministerien.
3. **Die Energiewende muss smart weiterentwickelt werden.** Für die breite Elektrifizierung muss Strom günstiger sein und deshalb die Netzentgelte statt über die Verbraucherpreise aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Zusätzlich muss das Stromnetz mutig digitalisiert werden. Die Erneuerbaren sind auf Dauer günstig, weniger anfällig für Angriffe von außen, und ermöglicht neue Geschäftsmodelle. Das EEG muss weiter entwickelt werden, auch mit Einsatz von Differenzverträgen, Carbon Contracts for Difference. Ziel muss sein, 2029 statt wie aktuell rund 60% mindestens 80% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Quellen zu decken.
4. **Das Gebäudeenergiegesetz muss planungsgetreu umgesetzt werden.** Nur so haben Unternehmen und Haushalte Investitionssicherheit und können auf längere Sicht ihre Kosten für Wärme im Rahmen halten. Diese würden sonst durch den Europäischen Emissionshandel (ETS2) absehbar steigen. Um den Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen, darf der ETS2 nicht verschoben werden. Denkbar ist die Definition eines Preiskorridors, der zu rasche Kostensteigerungen vermeidet und Planungssicherheit herstellt.
5. **Der Transportsektor muss schrittweise fossilfrei werden.** Für den Straßenverkehr ist die Kombination aus einem Angebot günstiger E-Fahrzeuge, auch durch steuerliche Anreize und gezielte Förderung, und aus einem raschen Ausbau von Schnellladestationen – insbesondere auch für Lkw – nötig. Wichtig ist der gezielte Abbau von Bürokratie für den Aufbau der Infrastruktur. Für Luft- und Schifffahrt braucht es einen Hochlauf nachhaltiger flüssiger Treibstoffe unter anderem durch eine ambitioniertere Treibhausgasminderungsquote für Mineralölunternehmen.
6. **Arbeitskosten senken durch Neuausrichtung der Finanzierung der Sozialversicherung.** Die Lohnnebenkosten liegen in Deutschland mit 22% über dem EU-Schnitt von 15%; durch die Alterung der Gesellschaft könnten sie weiter steigen, zugleich könnte das Arbeitsangebot sinken. Hier hilft, Migration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu mobilisieren. Zugleich muss eine Enquete-Kommission des Bundestags bis zur

Mitte der Wahlperiode neue Modelle für die Sozialversicherung entwickeln, von mehr Kapitaldeckung bis zur Verbeitragung anderer Quellen als nur des Arbeitseinkommens. Ziel muss sein, die Lohnnebenkosten kurzfristig zu stabilisieren und langfristig zu senken.

7. **Eine Weiterentwicklung der europäischen Kapitalmarktunion hat hohe Priorität, um privates Kapital für Investitionen zu mobilisieren.** Hierzu zählt ein europäischer Verbriefungsmarkt, der Banken mehr Möglichkeiten zur Fremdfinanzierung gibt. Und Europa muss attraktiver für Börsengänge werden, damit deutsche Start-Ups sich ihr Kapital nicht in den USA besorgen müssen. Die Kapitalbildung in der Altersvorsorge muss weiterentwickelt werden, weil dies sowohl Kapital für die Märkte bietet als auch Ruheständler von der Marktentwicklung profitieren lässt.
8. **Die Digitalisierung ist entscheidend für unseren Erfolg – wirtschaftlich, aber auch für ein klimafreundliches Energiesystem und für die Sicherung gegen Angreifer.** Regulierung muss entsprechend auf ein europäisch für alle gleiches Mindestniveau gebracht werden. Der Aufbau einer europäischen AI- und Cloud-Infrastruktur braucht massive Investitionen. Dabei kann der Staat als Ankerkunde für AI und Cloud wirken. Die Digitalisierung von Verwaltung hätte damit doppelt Sinn; nötig ist sie ohnehin, als Dienstleistung für Unternehmen und Bürger*innen und wegen des absehbaren Fachkräftemangels in den Behörden.
9. **Im Außenhandel müssen rasch möglichst viele bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen werden,** statt langsame multilaterale Abkommen. Dabei gilt: Mut zur Lücke. Umstrittene Teile wie z.B. Landwirtschaft können ausgeklammert werden. Der CO2-Grenzausgleich (CBAM) muss etwa mit Blick auf Stahl praxisnah weiterentwickelt werden, um Umgehungen zu vermeiden und auch nachgelagerte Sektoren zu schützen.
10. **Kreislaufwirtschaft schont planetare Ressourcen und mindert die Abhängigkeit Europas von Importen kritischer Rohstoffe.** Zugleich sind die hier entstehenden Technologien und Geschäftsmodelle eine wirtschaftliche Chance. Um für Sekundärrohstoffe den Markt zu entwickeln, braucht es steuerliche Anreize. Der Staat zudem kann über seine Beschaffung Leitmärkte anreizen. Klare unbürokratische Standardisierungen und eine Abfall-Ende-Verordnung würden Rechtssicherheit für die Unternehmen herstellen. Ziel müssen bis Ende der Wahlperiode zweimal 25% sein: als Anteil recycelter Materialien in der gesamten Rohstoffmenge in Deutschland, und als Anteil an den strategischen Rohstoffen in der EU.
11. **Deutschland ist bedroht von hybriden Angriffen von außen – und neben militärischen Mitteln sind hier auch wirtschaftliche gefragt.** Bei Investitionsentscheidungen dürfen nicht allein die Kosten entscheidend sein und Produkte aus dem Ausland bezogen werden, genauso wichtig ist die dauerhafte Sicherheit der Produkte. Die Diversifizierung der Lieferketten, eine Verstärkung von Lagerhaltung, das Anlegen von Redundanzen statt „Single Points of Failure“ in kritischen Prozessen und Netzen: Das alles kostet. Hier braucht es eine Debatte, inwiefern dies als Verteidigungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden muss.